

nachrichten

Mutmaßliche Gräueltäter

Von der indonesischen Staatsanwaltschaft wurde eine Liste mit 19 verdächtigen Polizisten und Armeemangehörigen veröffentlicht, die an den Gräueltaten des vergangenen Jahres beteiligt gewesen sein sollen. Die Untersuchung folgte einer Empfehlung der indonesischen Nationalen Menschenrechtskommission (Komnas HAM).

Vertreter verschiedener Menschenrechtsgruppen kriti-

sierten, daß der frühere Militärchef Wiranto und der Rebellenführer Eurico Guterres sowie andere Befehlshaber nicht auf der Liste stehen, sondern nach wie vor unbehelligt und teilweise noch in Amt und Würden sind. Auch der Vizepräsident des Nationalen Timoresischen Widerstandsrates (CNRT) und Friedensnobelpreisträger Jose Ramos-Horta äußerte Empörung.

Der Sprecher von Solidamor schätzt die Situation so ein: »Die 19 Verdächtigen waren zu dem fraglichen Zeitpunkt vor Ort, während die Entscheidungsträger und somit die wahren Verantwortlichen, die Generäle, in Jakarta saßen und saßen.« Es handle sich hierbei eindeutig um eine Kleine-Fische-Strategie, so die einhellig enttäuschende Meinung.

Nur Sergio Vieira de Mello, der UN-Sekretär und Chef der UNTAET, spricht von »einem ersten Schritt« dem weitere folgen werden.

vgl. www.home.snafu.de/watchin

1.9.00

Drei UNO-Mitarbeiter ermordet

Drei Mitglieder des UNO-Flüchtlingshilfswerkes (UNHCR) wurden am 6. September in ihrem Büro in Atambua, West Timor, von Anhängern pro-indonesischer Milizen mit Macheten niedergemetzelt und anschließend verbrannt. Laut Angaben der indonesischen Regierung sollen auch zwei Einwohner Osttimors getötet worden sein. In Atambua liegt der Prozentsatz osttimoresischer Flüchtlinge besonders hoch.

Der Mob griff die Mitarbeiter an, nachdem sich die Nachricht verbreitet hatte, daß der ehemalige Milizen-Anführer Olivio Moruk in der vorangegangenen Nacht erschlagen worden war. Moruk gehörte zu einem der 19 Hauptverdächtigen, denen man grobe Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor vom letzten Jahr zur Last legte.

Präsident Abdurrahman Wahid gab sich wütend und verletzt über die Ermordung

der Mitarbeiter, da er sie als persönliche Beleidigung empfand: »Der Zeitpunkt wurde genau für den Moment gewählt, als ich in New York war. Die Absicht bestand darin, mich zu demütigen«, erklärte er den Journalisten. Auf das blutige Ereignis hin befahl Wahid dem Militärchef Widodo A.S., die Verantwortlichen unverzüglich festzunehmen und zwei Truppen aus Jakarta nach Atambua zu schicken, um Sicherheit und Ordnung wieder herzustellen.

Am 7. September wurden 100 UNO-Mitarbeiter und Helfer humanitärer Organisationen aus Atambua ausgeflogen bzw. über die Grenze nach Ost-Timor gebracht. Die UNO-Flüchtlingskommissarin Sadao Ogata meinte aber, dieser Rückzug sei nur als temporäre Maßnahme anzusehen.

vgl. *Sidney Morning Herald*, 8.9.,

9.9.2000; *Neue Luzerner Zeitung*, 8.9.2000

Internationales Tribunal

Mary Robinson, Mitglied der UN-Menschenrechtskommission, weiß um die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, in Osttimor für eine rechtmäßige Verfolgung der Straftäter Sorge zu tragen. Auf einer Pressekonzferenz in Jakarta bekräftigte sie den Willen der UN ein internationales Tribunal einzuberufen, wenn sich herausstellen sollte, daß die indonesische Justiz den internationalen Anforderungen nicht gerecht würde.

Darüberhinaus will Leutheusser-Schnarrenberger der Bundesregierung erneut die Entsendung von Juristen nach Osttimor vorschlagen. »Wenn es kein internationales Tribunal gibt, müssen wenigstens die Prozesse unter internationaler Beobachtung stattfinden«, sagte die ehemalige Bundesjustizministerin und forderte internationale Hilfe durch juristische Fachleute für die Prozesse und für die Ausbildung osttimoresischer Richter.

Die FDP-Politikerin war Mitglied in einer UN-Kommission,

die Ende 1999 die Gräueltaten untersuchte und ein eindeutiges »Zusammenwirken« zwischen pro-indonesischen Milizen und indonesischen Militärs nachwies.

Die International Federation for East Timor (IFET) fordert die Vereinten Nationen auf, nun endlich ein internationales Tribunal zur Aufklärung der Verbrechen im Zuge des Unabhängigkeitsvotums vom September 1999 einzuberufen und warnt die UN: Wenn diese weiterhin dulde, daß sich die pro-indonesischen Milizen in Sicherheit und Straffreiheit wähen können, sei sie mitverantwortlich für den anhaltenden Terror gegen die timoresischen Flüchtlinge in den Lagern und die Attacken gegen Zivilisten und UN-Soldaten, bei denen schon etliche Opfer zu beklagen sind.

Die IFET wurde 1991 zur Unterstützung des Unabhängigkeits-Prozesses Osttimors von der UN gegründet und hat 39 Mitglieder aus 23 Ländern.

vgl. *epd* 23.8.00; www.reliefweb.int 7.8.00; www.etan.org/lifet 31.8.00

CNRT-Kongress

Auf dem am 21.8.2000 eröffneten ersten Kongress des timoresischen Widerstandsrates (National Council of Timorese Resistance — CNRT) wurde über die politische Struktur und die Zukunft des Landes diskutiert.

Portugiesisch soll als offizielle Amtssprache eingeführt werden, obwohl nur 8 % der Osttimoresen sie beherrschen.

Nachdem der CNRT-Präsident Xanana Gusmão zunächst sein Amt niederlegen wollte, um »der jungen Generation Platz zu machen«, wurde das Führungstrio dann aber doch wiedergewählt, auch wenn gerade junge Mitglieder den Verdacht hegen, dass die alte Garde korrupt sei und als Komplizen der Ausländer ein willkürliches Regime vorbereiten.

Als Grundpfeiler für den Aufbau der Wirtschaft werden neben Erdöl (die UNTAET prüft erneut ein Abkommen mit Canberra und Jakarta zur Ausbeutung der Erdölvorkommen im Offshore-Gebiet Timor Gap) vor allem Kaffee, Fischerei und Tourismus aufgeführt.

Die Befreiungsguerilla Falintil soll in die zukünftige Armee Osttimors umgewandelt werden.

vgl. www.home.snafu.de/watchin

5.9.00 / *Le monde diplomatique*

Nr. 6140

Hilfe für Flüchtlinge erschwert

Obwohl sich die indonesische Regierung weiterhin als Herr der Lage betrachtet, scheint sich die Lage für die restlichen ca. 100.000 Flüchtlinge in West-Timor nicht zu verbessern. Indonesien nimmt stillschweigend hin, daß die Milizen rückkehrwillige Flüchtlinge nach wie vor bedrohen und die Lager als Ausgangspunkt für Guerilla-Attacken gegen Osttimor mißbrauchen.

vgl. *Sidney Morning Herald*, 8.9.,

9.9.2000; *Neue Luzerner Zeitung*,

8.9.2000